

Magdeburg, den 22. Juni 2008

## **Informationsverhalten der Universitätsleitung zum Datenskandal an der Universität Magdeburg**

Nachdem Mitte Mai an der Uni Magdeburg sensible Daten von Studierenden für mehrere Tage über das Internet zugänglich waren, scheint die Universitätsleitung nicht das in ihrer Macht stehende zu tun, um die Betroffenen aufzuklären und mögliche Folgeschäden einzudämmen.

So wurde immer noch nicht über den tatsächlichen Umfang der veröffentlichten Daten berichtet. Erst heute erfuhr der Studentenrat, dass auch die Krankenkassen Versicherungsnummern zugänglich wurden. So hat es den Anschein, dass nach wie vor Informationen zurückgehalten werden, die für die Studierenden wichtig sind, um adäquat reagieren zu können.

Das Engagement seitens der Universitätsleitung, die Studierenden über den Umfang des Vorfalls aufzuklären ist minimal. Von den 44.000 Betroffenen wurden nur die aktuell immatrikulierten Studierenden mit Hilfe einer E-Mail informiert. Allerdings ging diese E-Mail an die von der Universität bereitgestellte Adresse, die von vielen Studierenden gar nicht genutzt wird. Der Studentenrat hat versucht über verschiedene Foren mehr Studierende zu erreichen, wo es zu heftigen Diskussionen zu dem Thema kam.

Selbst die Eigeninitiative wird behindert.

Eine schriftlich per Antrag geforderte Einsicht in die eigenen von der Universität gespeicherten Daten wurde nicht zeitnah gewährt, der persönliche Datenspiegel konnte erst nach der Webinfo der Universität vom 13.06.2008 auf persönliches Erscheinen hin und per Vorlage des Personalausweises gewährt. Es wurde gefragt, aus welchem Grund die Daten eingesehen werden möchten. Auch auf der Website der Universität wird informiert, dass eine Begründung nötig sei, um seine Daten einsehen zu können. Das widerspricht dem Grundsatz der informationellen Selbstbestimmung!

Der Datenspiegel umfasst insgesamt 118 Angaben, die zwar nicht bei jedem Studierenden zur Gänze erfasst sein können, jedoch ist dies ein weit größerer Umfang, als zunächst in der Rundmail des Rektors an alle Studierende vom 23.05.2008. In ihr wird lediglich die Veröffentlichung dreier Parameter zugestanden: Matrikelnummer, Name und Email-Adresse. Noch immer ist diesbezüglich keine aktualisierte Rundmail an die Studierende erfolgt.

Des Weiteren ist immer noch nicht klar, weshalb solch umfassende Daten überhaupt erhoben, und in einer (!) Datei zusammengefasst wurden.

Weitere offene Fragen sind:

Wer hat Zugriff auf die Daten? Wie lange werden die Daten gespeichert?

Diese Fragen hätte der Studentenrat gerne dem Datenschutzbeauftragten der Universität gestellt, und ihn zu diesem Zweck zu der gestrigen Studentenratssitzung eingeladen hat. Dieser beantwortete die Einladung damit, dass er „keine Lust“ habe. Der Kanzler, der auf das Verhalten des Datenschutzbeauftragten aufmerksam wurde, bat seinen Mitarbeiter auf der Sitzung zu erscheinen.

Dieser Bitte wurde leider nicht Folge geleistet. Es stellte sich heraus, dass er sich erst kurz vor Beginn der Sitzung über den Sitzungsort informieren wollte, uns aber nicht mehr im Büro erreichte.

Der Studentenrat hat somit in Abwesenheit des Datenschutzbeauftragten neue Forderungen erarbeitet um Studierende aufzuklären und zu schützen:

1. Der bestehende Arbeitskreis soll hochschulöffentlich tagen und es sind Protokolle zu erstellen, um die Arbeit des Arbeitskreises festzuhalten!
2. Es ist ein Projektplan mit zeitlichem Rahmen zu erstellen, um ein ergebnisorientiertes Arbeiten zu gewährleisten!
3. Jeder Studierende muss sich auf einfachem Wege über die gespeicherten Daten zu seiner Person informieren können!
4. Ein Informationsbrief ist an alle 44.000 Betroffenen zu verfassen, und an den letzten der Universität bekannten Wohnsitz zu schicken!
5. Der Senat möge eine Datenschutzkommission zum Thema Datenschutz bestellen!
6. Es soll einen jährlichen Rechenschaftsbericht des Datenschutzbeauftragten geben.
7. Neue Mitarbeiterstellen sind zu schaffen, deren Finanzierung nicht zu Lasten anderer universitäre Verpflichtungen, insbesondere der Lehre, gehen dürfen.

Der Studentenrat verlangt ein zügiges Umsetzen der Forderungen im Interesse der Studierende, und versucht weiterhin die Studierenden zeitnah und ohne Rückhalt über weitere Entwicklungen zu informieren.